

Presseerklärung

zur Zusammenarbeit der Stadt Blomberg mit der von Laer Stiftung Bielefeld zum Betrieb von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen

Seit Beginn der Diskussion über eine Kooperation mit der Bielefelder von Laer Stiftung begleiten wir diese Entwicklung kritisch. Daran hat auch ein gemeinsames Gespräch mit der Verwaltungsspitze am 08.04. wenig geändert. Der finanzielle Vorteil, der sich durch die Kooperation für die Stadt ergibt, lässt leider andere denkbare Formen einer Vernetzung der verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht zu.

Wir stehen der Gründung einer eigenständigen „Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)“ kritisch gegenüber, weil durch diese Privatisierung wichtiger Pflichtaufgaben der Kommune Möglichkeiten der Einflussnahme der Politik genommen werden, d.h. wir als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen aus der Hand geben. In dem jetzt zur Abstimmung vorgelegten Gesellschaftsvertrag der GmbH ist angesichts der vorgeschlagenen Besetzung von Aufsichtsrat und Beirat eine offene demokratische Einsichtnahme in die dortige Arbeit nicht mehr gegeben. Wir bezweifeln, dass der Aufsichtsrat so seiner Kontrollfunktion der Geschäftsführung gerecht werden kann.

Für uns unverständlich hat die Verwaltung leider erst in der letzten Sitzung des Fachausschusses einen mit Inhalt gefüllten Gesellschaftsvertrag vorgelegt. Wäre dies eine Woche eher geschehen, hätten die Fraktionen im Rahmen ihrer Sitzungen darüber beraten können. So muss zu allem Überfluss eine Sondersitzung am 26.05. einberufen werden, die uns Bürgern wieder mehrere hundert Euro allein an Sitzungsgeld kosten wird.

Hans-Ulrich Arnecke

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Blomberg

Blomberg, 14.05.2008